

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1917 Nr. 598

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 210

Morgen-Ausgabe

Freitag, 23. November 1917

Einzelgebühren für die sieben nächsten Anzeigenblätter oder deren Raum 30 Pfennig
Reklamen am Schluss des Monatszeitungsdienstes die Stelle 100 Pfennig
Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen benannten Anzeigen-
Erpeditionen. Verlagsort: Halle Nr. 3012

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Correspondenz:
Berliner Zeitung Nr. 10 — Fernruf Amt Kurirt Nr. 6236
Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Verlagsort: Halle (Saale), Leipziger Straße Nr. 61, 60, 62
Telefon: 7301
Postamt: Halle, Postfach 2610, Geschäftsstelle 5008 und 5009
Quartalspreise: Dr. H. Simon, Halle

Gesamt = U = Bootsbeute: 7649000 B. = R. = T.

Der große englische Durchbruchversuch gescheitert

Berlin, 22. Nov. Der große Durchbruchversuch der Engländer auf Cambrai ist unter gewöhnlichen Umständen gescheitert.
Am selben Tage, am 20. November, hofften sie nach kürzester, längerer Artillerievorbereitung wie sonst, unter rücksichtslosem Aufwiefeln, durch Ueberstürzung hier den Durchbruch zu finden, der ihnen innerhalb des ganzen Jahres 1917 der ungeschlagenen Meisterschaft in Schlachten verleiht hätte. Am selben Tage war aber nur der blühende, fast immer mit mächtigen Zerstörern eintretende Anfangserfolg beschieden. Am 21. November liefen sie erneut mehr als sechs Infanterie-Divisionen und drei Kavallerie-Divisionen ein, um diesen Anfangserfolg freilich zu erneuern, während wiederum der englische Angriff zu scheitern, während wiederum der englische Angriff zu scheitern vor. Um 11 Uhr vormittags begannen die neuen Angriffe, die von überaus zahlreichen starken Luftschwadern unterstützt wurden. Unsere Artillerie und Maschinengewehre rissen immer wieder breite blühende Lücken in die feindlichen Angriffswellen, die nach einander zu Boden fielen, aber die unter schweren Opfern langsam Boden gewinnen konnten, so daß schon der wichtige Stützpunkt unserer Infanterie in der ersten Linie von den Feinden wurde der Feinde auf unsere Positionen vor, die im Feuer und Granatfeuer zusammen und blieben auf der ganzen Front, trotzdem die Engländer nicht aufgaben, während die Stellung bei den Engländern verbleibt.

Die in vorläufiger Seemannschießung eingeleitete Kavallerie wurde zum größten Teil in unruhiger Bewegung. Die englische Kavallerie wurde eine englische Kavalleriebrigade zusammengefaßt. Infolge dieser blühenden Verluste und angesichts der Unmöglichkeit seiner Wundarten-Entscheidungen hat der Feind bisher keine Anzeichen mehr wiederholt. Die englische Front, die einen strategischen Übergangspunkt des Durchbruchs erzwingen zu können, ist bereits nach zwei Tagen wieder vollständig gescheitert, wie die vielen monatlichen Durchbruchversuche in Flandern. Dagegen haben die Engländer bei Cambrai die Entscheidung gefasst und nur die Verluste dieses Jahres um viele Tausende gesiegt.

Am 21. November hat am Abend des 21. November das heilige Gedächtnis des Tages zwischen Posttablette und Wascheimer sich erneut geliegt.

Am 22. November nach kühler Feuerbereitung nicht ohne feindliche Gegenmaßnahmen gegen unsere Positionen, die im Feuer und Granatfeuer zusammengefaßt wurden. Sie mußten Besatzungen und Maschinenpark in unserer Hand lassen.

Nach vorläufiger Seemannschießung von 8 Uhr vorübergehend nach südlich Chemnitz (Saale) das Feuer. Nach dem Feuerbereitung, ersten feindlichen Gegenmaßnahmen, die im Feuer und Granatfeuer zusammengefaßt wurden. Sie mußten Besatzungen und Maschinenpark in unserer Hand lassen.

Die Wahlrechtsvorlage vom König vollzogen

Berlin, 22. November. Wie die Abendblätter zuverlässig berichten, sind die Vorarbeiten betreffend Änderung des Wahlgesetzes zum Reichstagswahlgesetz und Änderung der Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes nunmehr vom König vollzogen worden und werden in Kürze dem Landtage zugehen.

Der Kaiser an die Presse

Auf das aus Anlaß der Anwesenheit der österreichischen und ungarischen Regenschriftsteller an Kaiser Wilhelm II. in Wien am 21. November, 1917, in dem Vorhaben des Reichstagswahlgesetzes, die Presse, folgende Antwort zu erwidern:

Seine Majestät der Kaiser danken den in der Reichstagswahlrechtsvorlage bestimmten Vertretern der Presse, die sich um die Angelegenheit des Reichstagswahlgesetzes bemüht haben, um die freundschaftliche Beziehung und die wertvollen Mitarbeit der Presse in dem künftigen Reichstagswahlgesetz, die beiden in unerschütterlicher Treue verbundenen Monarchen.

Auf Allerhöchsten Befehl.
Geheimerer Kabinetsrat von Wolfenstein.

Im Oktober 674000 Tonnen versenkt

Berlin, 22. Nov. (Amtlich.) Im Monat Oktober sind durch kriegsrechtliche Maßnahmen der Mittelmächte insgesamt 674000 T. = R. = T. des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraumes versenkt worden.

Hiermit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boottkrieges auf:

7 649 000 T. = R. = T.

Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 22. Nov. abends. (Amtlich.) Südwestlich von Cambrai sind neue nach Norden hin vorrückende englische Angriffe gescheitert.

Im Osten nichts besonderes.

Aus Italien wieder nichts neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 22. November. (Amtlich) wird veröffentlicht: Nach dem Monte Pelicci in den italienischen Angriffe durch Gegenstoß abgewiesen. Zwischen Verona und Trieste erlitten die österreichischen 1. Regiment und Wirttemberg den Monte Pelicci Secca und den Monte Spinnacia. Auf der Fontana Secca nahmen wir 200 Italiener gefangen.

Im Osten und Albanien nichts neues.

Der Chef des Generalstabes.

Das Drama und Drüber in Russland

Leningrad, 22. November. Meisters Reichstagsrat in Petersburg meldet unter dem 20. November: Der Kampf zwischen den Maximilianern und den gemäßigten Sozialisten scheint vollzogen zu sein. In einigen Tagen wird der Tag für die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung feststehen. Bei der letzten Sitzung wird über ein einmütigen unparteiischer ordentlicher Verkauf kann möglich sein. Der Bernarst des in Luga angekommenen Korps wurde eingekerkert. Die Offiziere kamen nach Petersburg und schlossen sich den Sozialisten an. Wie verlautet, ist ein großer Teil der Arbeiter zu den Sozialisten übergegangen. Der republikanische Ausschuss hat bekannt, daß die zweite Armee unter seiner Kontrolle steht. Der Postler der Reichstagsrat und die Führer wurden unter der Aufsicht von Lenin in Beziehungen zu Lenin, verhaftet.

General Wenzel meldet aus Leningrad: Die Polizei veranlaßt in den Landtag Wenzel des Maximilianerates für bürokratische Freiheit eine Forderung. Es wurden Schutzmaßnahmen.

Nach einem Anführer Wenzel wird der „Times“ aus Petersburg unter 19. November gemeldet, daß der Versuch von Wenzel Wenzel verhaftet wurde. Die Gesundheitsverwaltung von Petersburg habe ein Telegramm vom 12. Armee Korps an der Front erhalten, daß es nach am Hungern ist.

Dem Reichstagsrat wird aus Petersburg am 21. November gemeldet, daß der Maximilianer Regierung Wenzel Wenzel mit dem Kommandanten der Garnison von Petersburg Murawjow an der Spitze, von Soldaten der Noten Gabe befreit, sich der Staatsbank gab und binnen zehn Minuten die Ausschaltung von zehn Millionen Rubel verlangte. Die Beamten weigerten sich, dieser Forderung nachzukommen. Schließlich stellte es sich heraus, daß weder Wenzel noch Murawjow von Rate der Maximilianer Kommissare zu diesem Auftrag ermächtigt war. — Das Maximilianer Blatt „Krawat“ teilt mit, daß es in der Woche von Petersburg zwischen der Wenzel und Wenzel Wenzel zu einem Wenzel gekommen ist. Die Eisenbahnlinie ist aufgegeben.

Amerika und Russland

Leningrad, 22. Nov. „Central News“ zufolge veröffentlicht die „Associated Press“ eine Mitteilung aus Washington, bezugnehmend auf amerikanische Regierung behauptet, daß weder Lebensmittel noch Munition nach Russland geschickt werden soll, es sei die Lage gefahrlos. Die Transporte nach Russland werden erst dann aufgenommen werden, wenn eine dauernde Regierung vorhanden ist, die die Vereinigten Staaten anerkennen in der Lage ist. Wenn die Bolschewiki am Ruder bleiben und ihr Programm eines Friedens mit Deutschland durchzuführen wollen, so würde das Ausfuhrverbot einhalten sein.

Auf dem Wege zum parlamentarischen Regierungssystem

Die Wendung, welche unser innerpolitisches Leben mit der Kanzlerschaft des Grafen Hertling genommen hat, wird durch nichts so lebhaft bezeugt, wie durch die Umstände, unter welchen die Ernennung des Herrn Dr. Brüdermann zum Reichspräsidenten des preussischen Staatsministeriums vollzogen worden ist. Schon zur Festlegung der Verantwortlichkeiten ist es notwendig, die Geränge klarzustellen.

Nach den Erklärungen der freimütigen und sozialdemokratischen Presse geriet das ganze, so mißamt zwischen den Mehrheitsparteien und dem Grafen Hertling auftauchende, brachte „Bismarck“ ins Wanken, als der neue Kanzler sich weigerte, die von ihm oder seinen Beauftragten tatsächlich oder vermeintlich gegebene Zusage einzuhalten, der Reichspräsident den Vorschlag des Grafen Hertling oder ein preussisches Ministerium zu überlassen. Von Seiten des Reichspräsidenten wurde aus diesem Anlaß in Entrüstung und Stoffkündigung gemacht und schließlich die Uebertragung des Postens des Reichspräsidenten an den Führer der Reichspräsidenten Volkspartei von Bayer zur „Vertrauensfrage“ gestempelt. Graf Hertling hat nach einigen Sträuben diesem Drängen nachgegeben, während er den Eintritt eines Vertreters der Reichspräsidenten bei dem preussischen Staatsministerium auf Grund eines Einbruchs von national-liberaler Seite einwilligen bereit war. Mit Zug und Reich kann man die Verantwortung des Herrn von Bayer als eine in erster Linie von der Sozialdemokratie durchgeführte Forderung und Herrn von Bayer als den Vertrauensmann der freimütigen, gleichzeitig und in erhöhtem Maße aber auch der sozialdemokratischen Partei innerhalb der neuen Reichsregierung bezeichnen. Daß Herr von Bayer als Reichspräsident ganz im Gegensatz zu den von der Regierung wie von den Mehrheitsparteien bei Schaffung dieses neuen, damals für den Staatssekretär Dr. Helfferich bestimmten Ämtes geäußerten Ansichten als parlamentarischer Reichspräsident zu gelten hat, bedeutet eine Veränderung der Verantwortlichkeiten, die sich aus dieser Umwälzung ergeben. Es wird schwerlich anzusehen, daß der bisherige Führer des Reichspräsidenten in Konflikte zwischen seiner und der Verantwortung gerät, die er als Stellvertreter des Reichspräsidenten zu tragen hat. Wenn sich die Mehrheit bestätigt, daß er zum preussischen Bundesratsbevollmächtigten ernannt ist, so ist ein solcher Konflikt sofort gegeben. Nach dem geltenden Recht verliert Herr von Bayer gemäß dem Artikel 9 der Verfassung sein Reichspräsidentamt. Freimütigen und Sozialdemokraten verlangen bekanntlich die Aufhebung dieser Bestimmung, während Graf Hertling für ihre Aufrechterhaltung eintritt. Die Zukunft hängt aber gewissermaßen über dem überwindlichen Differenzen. Gewissen unerschütterlich, wie die Lage werden, wenn Herr von Bayer gleich seinem Vorgänger zum preussischen Staatsminister ernannt und ihm damit Einfluß auf die Entscheidung rein preussischer Angelegenheiten eingeräumt würde. Mit Recht weiß die „Freuzzeitung“ darauf hin, daß durch die Wiederholung der Vorgänge im preussischen Staatsministerium, wo durch die den preussischen Angelegenheiten durchzuführen fernstehenden Staatssekretäre Helfferich und Graf Hertling als Mitglieder des Staatsministeriums die Entscheidung über die Wahlrechtsvorlage gegen die Mehrheit der preussischen Reichspräsidenten im Sinne des Erlasses vom 11. Juni d. J. herbeigeführt wurde, mit einer Zeit aus der ansonsten unüberwindlichen Verantwortlichkeiten der Herr von Bayer ergebenden vielfacher Verantwortlichkeiten die Tür geöffnet ist.

Ganz ähnlich bedenklich liegen die Dinge bezüglich der Ernennung des Herrn Dr. Friedberg, des bisherigen Führers der Nationalliberalen, im preussischen Abgeordnetenhaus zum Reichspräsidenten des preussischen Staatsministeriums. Dagegen bemüht sich die nationalliberale Presse den Schein zu retten, als sei diese Ernennung ohne jeglichen Druck auf die Krone erfolgt. Die Tatsache, daß Dr. Friedberg kein Amt nicht nach freier Entscheidung der Krone, sondern gleich Graf Hertling und von Bayer auf Grund einer Vereinbarung der Krone mit Vertretern der Mehrheitsparteien übernommen hat, steht fest, und man wird der „Freuzzeitung“ durchaus zustimmen müssen, wenn sie behauptet, daß Dr. Friedberg nicht allein als Beauftragter der Krone, sondern gleichzeitig als Beauftragter der Mehrheitsparteien in dem preussischen Staatsministerium einsetzten ist. Die Folgen dieser Ernennung gehen in der gleichen Richtung wie die, die sich aus der Ernennung des Herrn von Bayer ergeben.

Alle Bemühungen, eine Verantwortlichkeit der Krone durch drei Koronäre auszuweichen, sind vergeblich.



